Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich 6 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 20 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ, Familiennachrichten und Anzeigen verlorener Gegenstände (6gespalten) 20 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 303. Sonnabend den 3. October 1891. 85. Jahrgang.

Wegen der Messe
ist unsere Expedition
morgen Sonntag
Vormittags bis 12 Uhr
geöffnet.
Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Feier der Legung des Grundsteines zur **Andreaskirche** findet am künftigen Sonntag, den 4. October, Nachmittags 3 Uhr statt. Der Festzug wird bereits ½3 Uhr von der Hilfskirche aus (Ecke der Kaiser Wilhelm- und Scharnhorststraße) nach dem Bauplatze abgehen. Indem besonders die Gemeindeglieder auch hierdurch herzlich zu zahlreicher Betheiligung an dieser Feier eingeladen werden, sei zugleich darauf hingewiesen, daß die gedruckte Festordnung in der Kirchenexpedition (Arndtstraße 30 b) in Empfang genommen werden kann. Der Vorweis derselben berechtigt, soweit der Raum noch Aufstellung des Festzuges es gestattet, zum Eintritt auf den Festplatz.

Leipzig, den 29. September 1891.

Der Kirchenvorstand zu St. Andreas.
Dr. ph. Schumann, P.

Bekanntmachung.

Vom 1. October d. J. an wird die
Universitätskinderpoliklinik
(bisher Nürnberger Straße 55)
im neuen Kinderkrankenhause an der Oststraße (Platzmannstraße)
Nachmittags 2—3 Uhr stattfinden.

Leipzig, 14. September 1891.

Königl. Universitäts-Kinderpoliklinik.
Prof. Dr. Heubner,
Director.

Bekanntmachung.

In der Privatklagesache der Hüttendirectoren August Hartmann in Lössnitz und Theodor Holste in Georgsmarienhütte, Privatkläger und Widerbeklagte, gegen den Schriftsteller Carl Lenze in Leipzig, Angeklagten und Widerkläger, sind durch rechtskräftiges Urtheil vom 24. März 1891 die Ersteren, unter Verrechnung der durch ihre, unterm 7. Mai 1888 in Nummer 105 der Leipziger Zeitung veröffentlichte Erklärung bezogenen Beleidigung des Angeklagten und Widerklägers Lenze, gemäß §§. 185, 186 des Strafgesetzbuches für strafbar erklärt, und es ist der Angeklagte und Widerkläger wegen Beleidigung der Kläger und Widerbeklagten, begangen durch Verabfassung und Veröffentlichung des unterm 25. April 1888 in Nr. 85 des Leipziger Tageblattes abgedruckten Berichtes, auf Grund des §. 186 des Strafgesetzbuches zu einer Geldstrafe von

Fünfzig (50) Mark

verurtheilt worden.

Von den entstandenen Kosten haben die Privatkläger und Widerbeklagten ein Drittheil und der Angeklagte und Widerkläger zwei Drittheile zu tragen.

Leipzig, den 28. September 1891.

Das Königliche Amtsgericht,
Abtheilung III.
Dr. Hothorn.

Neusellerhausen, Landtagswahl betr.

Bei der zufolge Verordnung des Königl. Ministeriums des Innern vom 16. Septbr. 1891 am

Dienstag, den 13. October 1891,

im 23. Wahlkreise des platten Landes vorzunehmenden außerordentlichen Ergänzungswahl für die II. Kammer der Ständeversammlung des Königreichs Sachsen bildet der Ort Neusellerhausen einen zum 23. Wahlkreise gehörenden **Wahlbezirk.**

Die stimmberechtigten Einwohner hiesigen Orts werden daher hierdurch geladen, **am vorbezeichneten Tage in der Zeit von Vormittags 10 Uhr bis Nachmittags 3 Uhr in dem als Wahllocal bestimmten Saale der Restauration „zur Schecke" allhier in Person** zu erscheinen und ihre Stimmzettel, welche den zu Wählenden nach Namen, Stand und Wohnung genau bezeichnen müssen, abzugeben.

Neusellerhausen, am 2. October 1891.

Gemeinde-Vorstand Ihle, Wahlvorsteher.

Neusellerhausen.

Die **Schöffen- und Geschworenen-Urliste** für hiesigen Ort liegt vom 5. October 1891 ab Tags über im hiesigen Gemeindeamte zur Einsicht aus.

Einwendungen gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Liste können innerhalb einer Woche, von der Auflegung an gerechnet, schriftlich oder mündlich allhier angebracht werden, wo auch von den einschlagenden gesetzlichen Bestimmungen Kenntniß genommen werden kann.

Neusellerhausen, am 2. October 1891.

Der Gemeindevorstand.
Ihle.

Großherzogthum Sachsen-Weimar.

Verkauf von Eichen-Nutzholz.

In dem Großherzoglich Sächs. Forstrevier **Hardisleben** sollen **ca. 120 cbm Eichenstarkhölzer,**

welche in dem Forstwirthschaftsjahr 1891/92 zum Einschlag kommen, auf dem Wege des schriftlichen Aufgebotes verkauft werden. Die Hölzer befinden sich ca. 5 km vom Bahnhof Buttstädt entfernt, und werden dieselben auf Verlangen von der Großherzogl. Forstverwaltung zu Hardisleben bei Buttstädt vorgezeigt. Die Gebote sind auf das Cubikmeter nach Maßgabe der Kaufbedingungen, welche bei der betreffenden Großherzogl. Forstverwaltung eingesehen oder von der Unterzeichneten gegen Einsendung einer Schreibgebühr von 60 ₰ bezogen werden können, schriftlich und verschlossen bis zum 14. October d. J. hier abzugeben, und ist dabei ausdrücklich zu erklären, daß der Bieter den Verkaufsbedingungen sich unterwirft.

Die Eröffnung der Schreiben findet

Donnerstag, den 15. October d. J.,

Vormittag 10 Uhr in dem Geschäftszimmer der Unterzeichneten statt. Die Auswahl unter den Bietern und der Zuschlag wird dem Großherzogl. Staats-Ministerium, Departement der Finanzen, vorbehalten.

Eisenach, den 1. October 1891.

Die Großherzogliche Forstinspection.

Tischreden.

Niemals zuvor sind Tischreden hervorragender Persönlichkeiten mit gleicher Aufmerksamkeit gehört und gelesen worden als gegenwärtig. Man lauscht auf jedes Wort, was Kaiser Wilhelm und andere Souveraine bei solchen Gelegenheiten sagen, ebenso wie auf die Tischreden leitender Staatsmänner. Als stets wiederkehrende Erfahrung hat sich bei der Berichterstattung über diese Reden herausgestellt, daß der Wortlaut und auch der Inhalt in verschiedener Form veröffentlicht worden ist. Den ersten Meldungen folgten regelmäßig Berichtigungen, welche nicht blos die Form, sondern auch den Inhalt einzelner Stellen der Reden wesentlich veränderten und dadurch bewiesen, wie schwer es ist, das gesprochene Wort im Fluge zu erhaschen und festzuhalten. Man sollte eine derartige Erscheinung im Zeitalter der Stenographie nicht für möglich halten, aber Stenographen sind nicht immer anwesend, wenn wichtige Kundgebungen dieser Art erfolgen, und wenn sie es sind, so sind Ort und Umstände der genauen Niederschrift des Gehörten ungünstig, und wenn wirklich der Wortlaut genau wiedergegeben wird, so wird damit das Gesagte doch nicht immer zum Verständniß des Lesers gebracht, weil die Betonung bestimmter Worte und die Ergänzung durch die begleitenden Geberden in dem Bericht nicht zur Geltung kommen. Wenn der Redner hieß, was er gesagt hat oder haben soll, so findet er häufig, daß er mit den Worten einen anderen Sinn verbunden hat, als aus dem gedruckten Berichte zu entnehmen ist. Endlich darf auch nicht verschwiegen werden, daß der Redner in der Erregung des Augenblicks Manches zu sagen pflegt, das ihm bei ruhiger Gemüthsstimmung der Abschwächung zu bedürfen scheint. Es ist damit keineswegs gesagt, daß solche Aenderungen von Redewendungen mit einem Widerruf der ursprünglichen Meinung gleichbedeutend wären, sondern es ist nur die Rücksicht auf die veränderten Umstände, welche gewisse Correcturen zuweilen nöthig macht. Das flüchtig gesprochene Wort verhallt, aber das Geschriebene bleibt (scripta manent, lautet das lateinische Sprichwort), und deshalb ist es völlig gerechtfertigt, wenn die Absicht und die Meinung des Redners dem Leser in einer Form mitgetheilt wird, **welche den Kern der Worte wiedergiebt, ohne der Wirkung des gesprochenen Wortes eine unbeabsichtigte Schärfe zu verleihen.**

Um ein packendes Beispiel aus den Vorgängen der neuesten Zeit herauszugreifen, sei der Ansprache gedacht, welche der Reichskanzler v. Caprivi an das Infanterie-Regiment Nr. 78 gehalten hat. Nach dem ursprünglichen Berichte leuchtete daraus eine Friedenszuversicht hervor, welche mit den bekannten Thatsachen nicht in Einklang zu stehen scheint. Wir haben deshalb auch verzichtet, näher darauf einzugehen, und unsere Aufmerksamkeit mehr auf die gleichzeitige Rede des französischen Ministers des Auswärtigen, Ribot, bei der Enthüllung des Denkmals des Generals Faidherbe in Bapaume gerichtet. Heute liegt eine Fassung der Hauptstelle der Rede Caprivi's vor, welche mit dem Wortlaut des telegraphischen Berichtes über die Rede in auffallendem Widerspruch steht. Nach dem „Hannöverschen Courier" hat der Reichskanzler gesagt: „Lassen Sie uns wünschen, daß Seine Majestät der Kaiser lange regieren möge und uns als oberster Kriegsherr erhalten bleibe, und daß, was uns auch beschieden sein möge, Krieg oder Friede — und wir wollen hoffen, daß es Friede sei, ich sehe auch nicht den mindesten Grund, daran zu zweifeln —, daß das Regiment unter Führung seines Kaisers immer seine Schuldigkeit thun möge." Daneben bleibt freilich die Erwiderung an den Bürgermeister von Osnabrück bestehen, in welcher der Reichskanzler den Frieden als gesichert erklärte, keine Wolke stehe am politischen Himmel, welche den Horizont trübe. Solche Widersprüche finden durch das Streben ihre Erklärung, die öffentliche Meinung nicht zu beunruhigen und einer schwierigen Lage die beste Seite abzugewinnen.

Im Auslande ist man in dieser Beziehung viel weiter gegangen, und die meist zu überbietende Leistung des ehemaligen französischen Ministers Jules Ferry besteht darin, daß er den europäischen Frieden für gesicherter erklärt, als es seit 20 Jahren gewesen sei. Etwas vorsichtiger hat sich der ehemalige ungarische Ministerpräsident Tisza seinen Wählern in Großwardein gegenüber ausgedrückt, indem er die Hoffnung aussprach, daß der Friede, der schon so lange aufrecht erhalten wurde, auch in Zukunft nicht gestört werde. Von anderer Seite liegt ein Bericht über die Rede Tisza's vor, welcher ihn sagen läßt, daß die gegenwärtige Lage der auswärtigen Politik weniger beruhigt sei als früher. Es macht sich hier derselbe Zwiespalt geltend, welcher die Berichterstattung über alle Reden von politischer Bedeutung gegenwärtig kennzeichnet, es kämpft darin das Streben, die Lage möglichst friedlich darzustellen, mit der richtigen Würdigung der Thatsachen, welche diesem Streben Grenzen ziehen.

Wenn wir die Reihe der Kundgebungen überblicken, welche die gesammte internationale Lage in den letzten Monaten hervorgerufen hat, so entnehmen wir daraus die erfreuliche Thatsache, daß sich das Friedensbedürfniß in Europa trotz aller gegen den Frieden gerichteten Angriffe wesentlich gekräftigt hat. Die Abschwächungen, welche die Aeußerungen von maßgebender Seite über die wahre Sachlage erfahren haben, sind nur der Niederschlag der öffentlichen Meinung, welche die Erhaltung des Friedens mit Einstimmigkeit verlangt. Es ist der Kampf der wahren Interessen der Völker mit der Willkür der Mächtigen und den Vorurtheilen der Vergangenheit, welcher gegenwärtig das politische Leben beherrscht. Europa in seiner großen Mehrheit will seinen Krieg, und wenn dadurch auch noch so viel Landerwerb und Ruhm gesichert werden könnte.

Der einzige Staat, welcher die Eroberung bestimmter Gebiete als Ueberlieferung betrachtet, von welcher man nicht abgehen könne, ist Rußland. In Frankreich giebt es eine große und mächtige Friedenspartei, die nur nicht den Muth hat, ihre wahre Meinung zu sagen, weil sie überstimmt zu werden befürchtet und sich nicht dem Vorwurf der mangelnden Vaterlandsliebe aussetzen will. Der Terrorismus des Jahres 1793 wirkt, obwohl seitdem ein Jahrhundert verflossen ist, noch immer nach, und diese Auffassung der Verhältnisse ist insofern nicht unberechtigt, als die Commune des Jahres 1871 und manche andere Vorkommnisse der neuesten Zeit bewiesen haben, daß der Geist, welcher den Terrorismus in Frankreich erzeugt hat, dort noch nicht seine Geltung verloren hat.

Tischreden sind in ruhigen Zeiten den nächstliegenden Angelegenheiten gewidmet, sie beschäftigen sich mit den friedlichen Zwecken des Fortschritts der staatlichen, gemeinen, industriellen, gewerblichen, landwirthschaftlichen und sonstigen friedlichen Bestrebungen, nur in Zeiten großer politischer Spannung und Erregung gelten diese Reden in erster Linie immer der Existenzfrage, welche mit der Frage, ob Krieg oder Friede, gleichbedeutend ist. Als Ableitungsmittel für die erregten Leidenschaften sind solche Reden sehr willkommen, aber sie können auch viel Unheil stiften, wenn sie mißverstanden werden auf der Seite, wo die Absicht vorwaltet, die Gelegenheit zur Friedensstörung zu ergreifen. Da eine solche Wirkung bisher nicht eingetreten ist, so erscheint die Auffassung berechtigt, daß wir zunächst Frieden behalten werden, eine Bürgschaft in dieser Beziehung für die Zukunft besteht leider nicht. *

Leipzig, 3. October.

* Der „Reichsanzeiger" ist zu der Erklärung ermächtigt, daß die Notiz der „Kreuzzeitung", es habe der Befehl vorgelegen, in Trakehnen einen Sonderzug nach Alexandrowo bereit zu halten, da die Möglichkeit eines Zusammentreffens des Kaisers Wilhelm und des Zaren ins Auge gefaßt worden wäre, später sei jedoch die Abbestellung des Zuges erfolgt, jeder Begründung entbehrt. — Aus Berlin gehen übrigens der „Schlesischen Zeitung" von wohlinformirter Seite die nachstehenden Mittheilungen zu:

„Nach einer Nachricht der „Kreuzzeitung", die das Blatt selbst als sensationell bezeichnete, gleichwohl aber für zutreffend erachtete, sollte für Sonnabend früh der Befehl vorgelegen haben, in Trakehnen einen Sonderzug nach Alexandrowo bereit zu halten, da die Möglichkeit eines Zusammentreffens Kaiser Wilhelm's und des Zaren daselbst in das Auge gefaßt worden wäre. Diese Nachricht ist völlig unbegründet, und es liegt nicht einmal ein Anhalt vor, aus dem sich ihr Entstehen erklären ließe. Da die Mittheilung von der Abreise des Zaren aus Kopenhagen und über den von ihm gewählten Reiseweg erst am Freitag in Berlin eintraf, war die Möglichkeit einer Kaiserbegegnung ausgeschlossen; es blieb überhaupt nur Zeit, den in der Rominter Haide weilenden Kaiser telegraphisch von der Ankunft des Zaren, welcher von jedem officiellen Empfange abzusehen gebeten hatte, zu benachrichtigen und seine telegraphischen Befehle in Empfang zu nehmen. Diese gingen dahin, daß Prinz und Prinzessin Leopold, sowie die beiden Generaladjutanten von Hahnke und von Wittich zur Begrüßung auf dem Bahnhofe anwesend sein sollten. Nachdem von einer der ersten Stationen nach der Ueberfahrt über die Grenze für die russischen Herrschaften ein Wahl bestellt worden war, wurde angeordnet, daß die kaiserliche Hofverwaltung die Sorge für die Tafel zu übernehmen habe. Die Angabe, daß die Unterhaltung der Herrschaften in deutscher Sprache geführt worden sei, ist irrig; es wurde französisch gesprochen. In dem Gespräche wurde eine Begegnung mit Kaiser Wilhelm, also ein officieller Besuch des Zaren in Deutschland, mit keinem Worte erwähnt; auch die Behauptung der in Paris erscheinenden „Correspondance russe", daß der Zar die Absicht bekundet habe, den deutschen Kaisermanövern im nächsten Jahre beizuwohnen, ist falsch. Beim Abschiede sprach der Zar nicht nur zum Prinzen Leopold, sondern auch in einer Depesche an Kaiser Wilhelm nach Ostpreußen für die während seines Aufenthaltes ihm erwiesene Aufmerksamkeit seinen Dank aus. Unter diesen Umständen — der Zug mit den hohen russischen Reisenden passirte bereits am Sonnabend in frühester Morgenstunde die deutsche Grenze — war an eine Kaiserbegegnung nicht zu denken; es kann also auch von einem für Sonnabend Morgen zur Fahrt von Trakehnen nach Alexandrowo bereit zu haltenden Sonderzug gar nicht die Rede sein."

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" meldet: Die ostafrikanische Plantagengesellschaft habe infolge der Blättermeldungen über Unruhen in Lewa und Magila telegraphische Erkundigungen eingezogen. Die Antwort lautete: Lewa nicht bedroht, alles ruhig.

* Die Berliner städtische Deputation zur Vorberathung des sogenannten Nothstands-Antrages hielt am Dienstag ihre erste Sitzung. In der Generaldiscussion wurden, so berichtet der socialdemokratische „Vorwärts", von den liberalen Mitgliedern der Deputation die von socialdemokratischer Seite gemachten Vorschläge, die Stadt solle, um den Arbeitslosen Beschäftigung zu schaffen, eine Beschleunigung der städtischen Arbeiten vornehmen, bekämpft; ebenso fand der socialdemokratische Vorschlag, Lebensmittel in großen Quantitäten anzukaufen und zum Selbstkostenpreise abzugeben, Widerspruch. Die liberalen Mitglieder der Deputation erklärten sich, dem genannten Blatt zufolge, bereit, bei etwa hereinbrechender Noth die Armenunterstützung zu erhöhen, auch wollten sie Privatvereinen Mittel für Einrichtung von Wärmestuben gewähren, die Volksküchen unterstützen und die Speisung armer Schulkinder fördern. Die Generaldiscussion wurde noch nicht beendet, sondern zunächst die Vervollständigung des einschlägigen Materials, sowie die Zuziehung der Vorsitzenden einiger bei der Frage interessirten städtischen Verwaltungen beschlossen.

* Die „Hamburger Nachrichten" kommen in einer Polemik gegen verschiedene Blätter auf ihren, auch von uns mitgetheilten Artikel über Herrn v. Boetticher zurück. Sie sagen u. A., daß Minister Delbrück zurücktrat, als er die Vertretung der Politik des Reichskanzlers mit seinen Ueberzeugungen glaubte nicht mehr vereinigen zu können; „er hielt es also nicht für seinen ressortmäßigen Beruf, diese von ihm nicht getheilten Ansichten im Ministercollegium zu bekämpfen, sondern zog den Rücktritt vor, als er nicht mehr glaubte, sie unterstützen zu können. Der Minister von Boetticher hat in der gleichen Lage den anderen Weg gewählt, obschon seine ressortmäßige Aufgabe niemals eine andere gewesen ist, wie die des Ministers von Delbrück, und der Reichskanzler daher berechtigt war, auf seine Unterstützung zu zählen, so lange Herr von Boetticher in der Stellung, zu der er berufen war, verblieb." Ferner wiederholt das Blatt, „daß Fürst Bismarck mit den Enthüllungen über den Welfenfonds nichts zu thun hatte und dieselben schon deshalb nicht von ihm herrühren können, weil sie ungenau waren." „Die Stellung der Minister von Delbrück und von Boetticher war eine ganz singuläre, und von, ihnen, aber nur von ihnen, war der Reichskanzler berechtigt, Unterstützung oder Rücktritt zu erwarten. Seine übrigen Collegen waren nicht zur Vertretung seiner, sondern zur Geltendmachung ihrer eigenen Politik ins Amt berufen." Gegenüber der Bemerkung der „Germania" über die „alte Mundsperre", welche Fürst Bismarck hätte „wieder einführen" wollen, meint das Hamburger Blatt, diese Wendung zeuge von der traditionellen Wahrheitsliebe des demokratischen Centrumsblattes; „denn seine Politiker seien hinreichend informirt, um zu wissen, daß die Cabinetsordre von 1852, „die alte Mundsperre", 1890 nicht wieder eingeführt zu werden brauchte, sondern in ununterbrochener Giltigkeit stets gestanden hatte und noch heute steht, da ein Ministerpräsident unmöglich für die Gesammtpolitik die Verantwortung tragen kann, wenn jeder seiner Collegen sie durch immediaten Vortrag und Vollziehung allerhöchster Ordres in die Hand zu nehmen berechtigt ist, ohne den Ministerpräsidenten zu benachrichtigen und ihm Gelegenheit zu eigenem Immediatvortrag zu geben. Wir haben nicht gehört und glauben nicht, daß die Ordre von 1852 nach dem Abgange des Fürsten Bismarck außer Wirksamkeit gesetzt ist."

* Die Nationalliberalen in Pommern haben es schon auf eine ansehnliche Zahl gebracht, doch fehlt ihnen noch der rechte Halt, die angemessene Führung. Der Centralvorstand der Partei sucht daher auch in dieser Provinz einen festen Stamm zu schaffen. Zunächst wird im Wahlkreis Colberg-Cöslin zu einer Vertrauensmänner-Versammlung eingeladen, wobei der Generalsecretair der nationalliberalen Partei, Herr Patzig, anwesend sein wird, um für die Partei zu wirken. Weiter bemüht sich Herr Rechtsanwalt Kierski in Cöslin sehr um das Zustandekommen einer geregelten Parteileitung in Pommern. Hoffentlich lenkt der Centralvorstand dann auch seine Aufmerksamkeit auf Stettin, denn dort sind noch zahlreiche Anhänger der Partei, aber die Leitung fehlt gänzlich.

* Wie die „Nat.-Ztg." hört, ist die Abschaffung der Carpenter-Bremse und die Einführung einer neuen, durchgehenden Bremse für die preußischen Staatsbahnen nunmehr beschlossene Sache. Es werden über die Wahl des Systems behufs Herstellung der so wünschenswerthen Einheitlichkeit des Bremssystems auf allen deutschen Eisenbahnen demnächst Conferenzen von Vertretern der deutschen Eisenbahnverwaltungen stattfinden.

* Die Meininger Landtagswahlen haben fünf Stichwahlen übrig gelassen; die Socialdemokraten sind durchweg unterlegen und haben selbst in einer sie betreffenden Stichwahl wenig Aussicht, einen Sitz zu erobern. Auch die Deutschfreisinnigen werden im Landtage nicht erheblich verstärkt auftreten. Die Mehrheit ist den Nationalliberalen um so sicherer, als die acht Wahlen der Höchstbesteuerten noch anstehen.

* Das Befinden des Königs von Württemberg war dem „Staatsanzeiger" zufolge in den letzten Tagen weniger befriedigend, indem sich Zellengewebsentzündungen am Grunde des Beckens zeigten und neue Fiebererscheinungen größere Unbequemlichkeiten verursachten. Der Sanitätsrath Mare aus Wildungen ist gestern in Ludenhausen eingetroffen.

* * *

* In der Sitzung des Prager Stadtrathes erklärte der Bürgermeister auf eine bezügliche Interpellation, der Kaiser Franz Josef habe die in den Zeitungen veröffentlichten Worte in Betreff der Vorgänge bei dem Empfange der fremden Ausstellungsgäste thatsächlich gesagt. Nachdem der Kaiser jedoch am Mittwoch einer Deputation des Prager Stadtrathes erklärt habe, daß ihn die Bethätigung der dynastischen Gefühle der Einwohnerschaft sehr gefreut habe, so könne sich der Ausspruch des Kaisers nur auf jene Elemente bezogen haben, welche jene Vorfälle veranlaßten. Durch die Worte des Kaisers an den Stadtrath sei der erste Ausspruch somit begrenzt. Der Stadtrath nahm von dieser Antwort Kenntniß. — Der Kaiser reiste gestern Nachmittag um 3 Uhr nach Wien. Die Bevölkerung bereitete ihm stürmische Ovationen. Der Bürgermeister stattete auf böhmisch Namens der Gemeinde den Dank für den Besuch ab, sprach sodann deutsch die Versicherung der unwandelbaren Treue und Anhänglichkeit an die Dynastie aus, worauf der Kaiser böhmisch für die Versicherung dankte und sodann deutsch äußerte, die Tage in Prag würden ihm unvergeßlich bleiben.

* Im Nationalverein deutscher Bürger und Bauern zu Nentitschein in Mähren hielt der deutsche Parteiführer Frhr. von Chlumecky, wie bereits kurz gemeldet, eine Rede, in welcher er das Programm der deutsch-liberalen Partei im österreichischen Reichsrathe entwickelte und gleichzeitig ein Bild der gesammten inneren Lage Oesterreichs entwarf.

Als das nächste Ziel bezeichnete er, daß im Reichsrathe eine feste parlamentarische Majorität zu Stande komme. Er faßte den augenblicklichen Stand der Dinge in den Satz zusammen: „Man will die Deutschen nicht in die Opposition treiben, und die Deutschen streben nicht nach Opposition", fügte aber hinzu, daß dieser Zustand nur als ein Uebergangsstadium bezeichnet werden könne zu jenem anderen Zustande, in welchem die Deutschen in Verbindung mit gesinnungsverwandten Elementen eine Regierungspartei bilden und den Pflichten einer solchen nachkommen können.

Herr v. Chlumecky nahm auch Veranlassung, auf die Ereignisse der allernewesten Zeit hinzuweisen, welche auf die Nothwendigkeit, einen stabilen parlamentarischen Zustand zu schaffen, gleichfalls hindrängen. Er zeigte, daß sowohl die jungczechische als die südslawische Bewegung nicht hätten entstehen und so viele Verwirrung anrichten können, wenn nicht der Glaube an die Ständigkeit und feste Begründung der Reichsverfassung erschüttert wäre, und daß diesem Glauben eine Stütze zu geben, den Staat in eine gegen staatsrechtliche Experimente aller Art geschützte Stellung zu bringen, eine unumgängliche Voraussetzung der Erfüllung des wirthschaftlichen Programms sei, das von allen Seiten Billigung gefunden hat. „Die Consolidirung der inneren Lage", sagte er, „ist nicht ein bloßes Parteiinteresse, ebenso dringend verlangt sie das Wohl des Staates." Entschieden betonte der Redner, daß, wenn der wünschenswerthe parlamentarische Zustand geschaffen werden soll, den Deutschen Bürgschaften geboten werden müssen, daß die Situation sich nicht wieder gegen sie kehre. Der klaren, ungekünstelten und unzweideutigen Politik des Grafen Kalnoky sagte er die rückhaltlose Unterstützung der Deutschen zu.

Trotzdem die allgemeine Situation die Aussicht auf Erhaltung des Friedens zu gewähren scheint, sehe man in Oesterreich vor Mehranforderungen der Kriegsverwaltung, welche der Kriegsminister schon im Vorjahre in Aussicht stellte. So überaus bedeutend die